

Anzeigenpreise: Die 4 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 175.— Markt, Stellen- und Wohnungsaussagen, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsaussagen 70.— Markt. Kleine Anzeigen per Wort 15.— Markt. — Reklamepreise: Die Millimeterzeile 4 gespalten oder deren Raum im Text 500.— Markt.

Schlesische

Bezugspreis: Durch Austräger Einzelnummer 250 Mt. 1200.— Mt. pro Woche. Durch die Post Einzelnummer 250 Mt. 6500.— Mt. pro Monat und Gutschrift des Differenzbetrages für Monat Juli.— Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstr. 50 Postfachkonto: Breslau Nr. 810 50.— Fernspr.: Breslau, Ring 8887

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 139.

Montag, den 18. Juni 1923.

5. Jahrgang.

## Kampf gegen Hunger und Faschismus!

### Berhärfung des Landarbeiterstreits / Schupo gegen Streikende / Fasziensaufmarsch in Schlesien

Am Sonnabend erreichte der Dollar einen Stand von über 120 000. Eine wilde Devisenspekulation treibt die Mark in den Abgrund. Die Reichsbank und Reichsregierung ist diesem Treiben gegenüber ohnmächtig, da der Goldbestand gegenüber den riesigen Summen auf ein Nichts zusammengeschrumpft ist.

Schneller noch als der Dollar gehen die Preise in die Höhe. Die Metallindustriellen haben in den 14 Tagen des Juni ihre Preise dreimal erhöht. Die Kohlen- und Fahrpreise sowie Frachterhöhungen wirken sich aus.

Der Reichskreditrat beschloß mit Wirkung ab 15. d. Mts. Steigerungen von 45 bis 51 Prozent vorzunehmen.

Der Brotpreis erhöht sich für das Marktbrot um 10 Prozent, für das marktfreie um 20 und mehr Prozent.

Während der Dollar in kurzer Zeit um das Fünffache gestiegen ist, und die Lebensmittelpreise davon nicht weit zurückgeblieben sind, ist es bisher mit wenigen Arbeiterschichten gelungen, ihren Lohn oder Gehalt zu verdoppeln. Im Gegenteil, Unternehmer und Regierung wenden alle Mittel an, um jede Lohnerhöhung ausschließlich zu einer Reduzierung des Reallohnes zu machen. Die Lebenshaltungskosten für ein Ehepaar mit zwei Kindern betragen, wenn die Familie nur annähernd so leben will wie in der Vorkriegszeit, 331617 Mt. Und das nur für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs. Der Durchschnittslohn beträgt heute aber kaum 120 000 Mt.

Bei diesen Löhnen und Gehältern muß die arbeitende Bevölkerung in immer tieferes Elend versinken, muß das Elend, die Not und der Ländlicher Gast bei den Proletariern sein.

Bei einer schulärztlichen Untersuchung wurde in Blauen festgestellt, daß ein Drittel der Kinder seit Jahren kein Hemd getragen hatte. In Olag besitzen von 842 Kindern 129 überhaupt kein Hemd. In vielen Schulen sind 30 Prozent der Kinder verkleidet. In Dortmund wurde festgestellt, daß von 50 000 untersuchten Kindern im Alter von 3 bis 10 Jahren ungefähr 10 Prozent an Rachitis leiden. Besonders heftig grassiert die Tuberkulose. Da es an Wäsche, Seife und dergleichen fehlt, läßt die Körperpflege viel zu wünschen übrig. Das enge Zusammenwohnen infolge der Wohnungsnot begünstigt die Ansteckung.

In 43 Großstädten Deutschlands sind 200 633 Kinder tuberkulös, 835 873 Kinder krank und stark unterernährt. Das sind insgesamt 1 036 506 Kinder! In Berlin sind mehr als 80 Prozent der Kinder unterernährt, mehr als die Hälfte der Kinder ist tuberkulös. Im Jahre 1922 haben sich in Berlin 1200 Menschen das Leben genommen. Mit anderen Worten: jede sechste Stunde ereignet sich in Berlin ein Selbstmord.

Das sind amtliche Zahlen, die ausgenommen wurden, als der Dollar um 10 000 bis 20 000 stand. Der Dollar steigt, das Elend steigt. Wenn die arbeitende Klasse Deutschlands nicht unter den Zustand der Feuerländer, der Kaffern, sinken will, dann muß sie den Kampf gegen die Pläne der Kapitalisten und deren Regierung führen.

### Die hallischen Arbeiter wehren sich gegen die Berelendung

Die Belegschaft der Firma C. Vingeleben, Vanstele Alte Zementfabrik Nietleben, nahm in der Belegschaftsversammlung am 15. Juni erneut Stellung zur Feuerung. Nach kurzer Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die erneute Preissteigerung hat die Löhne, die jetzt zur Auszahlung kommen, bei weitem überhöht. Die Belegschaft fordert von den Gewerkschaften, daß sie sofort bei den Arbeitgebern des Baugewerbes vorstellig werden, um

Sachen, daß sie sofort bei den Arbeitgebern des Baugewerbes vorstellig werden, um

1. eine einmalige Feuerungszulage von 300 000 Mt. für Verheiratete, 250 000 Mt. für Ledige, und
2. um Anpassung der Löhne an den Dollarstand zu fordern.

Sie ruft deshalb die ganze Bauarbeiterschaft auf, für diese Forderungen sofort und überall einzutreten, damit ein einheitliches Handeln der Arbeiterschaft des Reiches in der Bekämpfung des Hungers eingeleitet wird; sollten die Spitzen der Gewerkschaften versagen, so werden die Verträge an die Zentralvorstände gespart.

Eine gut besuchte Belegschaftsversammlung des Familienrats Krotha nahm einstimmig eine Entschlieung an, in der die Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, Erfassung der Sachwerte, Arbeiterschutzmaßnahmen und Arbeiterregierung gefordert werden.

Bis zur Durchführung dieser Forderungen stellen die Versammelten nachstehende Forderungen:

1. Sofortige Auszahlung einer einmaligen Wirtschaftshilfe für Verheiratete von 300 000 Mt., für Ledige und Frauen von 200 000 Mt.
2. Erhöhung der jetzt bestehenden Löhne um 100 Prozent.
3. Verweigerung jeder Überzeit-Prämien und Akkordarbeit.
4. Sofortige Bereitstellung von Mitteln zu Notstandsarbeiten und Auszahlung einer einmaligen Familienbeihilfe an alle Erwerbslose in derselben Höhe wie unter 1 gefordert.
5. Bildung von proletarischen Abwehrhundert-schaften in allen Betrieben.

### Transportarbeiterstreit in Hannover

Die hannoverschen Transportarbeiter sind in den Streit getreten. Die Funktionäre hatten einstimmig den Streit beschlossen, nachdem sie ein Lohnabkommen verworfen hatten, das für die Woche bis zum 6. Juni 69 000 Mt., ab 6. bis 21. Juni 89 000 Mt. und ab 21. bis 30. Juni 105 000 Mt. vorsah. Sie fordern für die erste Hälfte Juni 125 000 Mt. Trotzdem der Streit ordnungsgemäß beschlossen wurde, wird er jetzt von der Verbandsleitung zu einem wilden Streit erklärt. Lauchermann von der Ortsverwaltung sagte wörtlich: „Es gibt eine Menge Kollegen, die weniger Interesse daran haben, höhere Löhne zu verlangen, als einmal zu streiken.“

### Aufruf der Berliner Gewerkschaftskommission

Die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung hat einen Aufruf herausgegeben, in dem sie sich dagegen wendet, daß die Reichsregierung nicht alle Kräfte der Gewerkschaften, die eine Angleichung des Einkommens der Arbeiter an die katastrophale Feuerung erziehen, angehört hat. Die Regierung wird ernsthaft gewarnt, in diesem Verhalten fortzuführen. Als sofortige Maßnahmen werden verlangt:

1. Maßnahmen gegen Feuerung und Hunger und Druck auf die Arbeitgeber.
  2. Bereitstellung ausreichender Mittel zur Beschaffung von Arbeit.
  3. Erhöhung der Unterstützungen und Renten.
- Darüber hinaus wird verlangt eine endgültige Lösung des Reparationsproblems durch die die Lasten auf die zahlungs- und kapitalkräftigen Schultern gelegt werden, damit der Arbeiterschaft ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht wird.

### Der Stand des Landarbeiterstreits

Daß es bisher immer noch einige ganz schwarze Gegenden in denen der Streit noch nicht ganz allgemein geworden war, so fangen doch auch diese an, langsam ins Rot umzuschlagen. So war z. B. im Kreis Falkenberg der Oberrheinische Margarine-Verband noch ziemlich stark neutral. Als Folge einiger von den Bauern so sehr gefürchteten kommunistischen Versammlungen traten auf einigen Gütern die Arbeiter geschlossen aus dem Margarineverband aus und in den GDB geschloßen ein, zugleich über, ob wech Malheur, auch in die KPD.

Aus allen Teilen Schlesiens laufen Nachrichten ein, daß die Landarbeiter für eine Verschärfung des Streiks eintreten. Mehrforderungen werden erhoben und die Einstellung der Notstandsarbeiten fordern.

Den Bauern, die immer noch nicht recht zu wissen scheinen, auf welcher Seite sie eigentlich bei diesem Kampfe zu stehen haben, erheben wir die „Warnungsrufe“, wie man aus einer Sitzung des Generalanzeigers entnehmen kann. Sie wollen in den nächsten Tagen an die Behörden herantreten, um diese auf den Ernst der Lage hinzuweisen.

Wollen sie etwa veranlassen, daß die Technische Nothilfe bereit gestellt wird, so wie sie in Oberschlesien nach der Schupo gebilligt haben?

Was die Bauern vorhaben, ist auf jeden Fall eine Würdelosigkeit ohne Gleichen, die der einfache in der Kampffront stehende Landarbeiter sich nie würde zu Schulden kommen lassen, da er täglich sieht, auf wessen Seite diese Behörde offen und ungeschwiegen als „Gendarm und Landjäger“ den Streit sabotiert.

### Streik der Artisten im ganzen Reich

Seit Sonnabend befinden sich im ganzen Reich die Artisten im Streit mit Ausnahme von Berlin und Hamburg, für eine vorläufige Einigung erzielt. Der „Vorne Arbeiter“ der „Kommunistischen Arbeiter“ wird dazu mitgeteilt, daß der Streik eine Folge des Widerstandes der Unternehmer sei, die nur eine 50prozentige Erhöhung auf die teilweise April- und Anfang Mai abgeschlossene Gage verweigern.

### Der Fasziensaufmarsch in Schlesien

#### Selbstschützer als Schutzgarde der Agrarier im Kreise Neumarkt

Wie wir bereits mehrfach berichteten, tauchten in all den Kreisen, wo die schlesischen Landarbeiter in den Streit traten, Fasziensbanden auf. Besonders toll trieb es die Gesellschaft in Neumarkt. Wie immer, wurden die Selbstschützer auch hier von der Schupo begünstigt. Die Bürokraten der BVP, als auch die Gewerkschaften veragten vollkommen. Die Genossen Rüdert und Stier wandten sich an die Gewerkschaften mit der Aufforderung, den immer heftiger werdenden Aufritten der Selbstschützer entgegenzutreten. Ihre Bemühungen waren jedoch ergebnislos. Schließlich griffen die Neumarkter Proletarier zur Selbsthilfe.

Als am 14. Juni, abends 7 Uhr, die Nachricht von der Abpeisung einer Faszienskolonne im benachbarten Pfaffendorf bekannt wurde, wandten sich unsere Genossen an den Oberlandjäger Scholz und forderten denselben auf, gegen die Fasziens einzuschreiten. Der Hüter der Republik lehnte dies nicht nur ab, sondern benachrichtigte die Selbstschützer, daß die Landarbeiter auf dem Marsche nach Pfaffendorf waren.

Eine große Anzahl Neumarkter Proletarier unter Vorantritt eines Radfahrtrupps begaben sich nach Pfaffendorf und jagten die Fasziensbande auseinander. Letztere mußten eine Feldhöhe im Stich lassen, die von den Arbeitern übernommen wurde. Ferner wurde am gleichen Abend von den Neumarkter Arbeitern ein Lastauto von Patentenglern, in dem sich 30 Mann befanden, ausgehalten. Die Banditen wurden gezwungen, abzusetzen und belangen wohlverdient Prügel. Der Großagrарier Graf Sautma-Feltich aus Lorzendorf, Kreis Neumarkt, hatte das Oberkommando über die Bande (!)

Die aufs höchste erbitterten Proletarier entwarfen die Selbstschützer und drangen darauf, daß die mit Dolchen und Pistolen bewaffnete Gesellschaft entwaffnet und festgenommen wurde.

Natürlich ließ die republikanische Polizei, die Monarchistengefährdet, Streikbrechern und anderen Lumpenpad immer hilfreich beisteht, die Gesellschaft wieder frei.

### Polizeiattaden gegen eine Hungerdemonstration

Nach einem Bericht der „Vossischen Zeitung“ fanden in einigen Berliner Stadtteilen Feuerungszündungen statt. Es wurde von den Demonstranten die Herabsetzung der Lebensmittelpreise unter der Überwachung von Kontrollausschüssen gefordert. Die Demonstration, die einen durchaus friedlichen Charakter trug, wurde von herbeigerufenen Schupo auf auseinander getrennt. Nur der Disziplin und Befolgsamkeit ist es zu danken, daß die Polizei keine Opfer forderte.

### Die Lehren des ober-schlesischen Streits

Der heldenmütige Kampf der ober-schlesischen Berg- und Industriearbeiter ist beendet. Am Sonnabend, den 16. Juni wurde die Arbeit in den Betrieben ebenso geschlossen wie die Bewegung eingeseht hatte.

Im Gegensatz zu den früheren Streiks der ober-schlesischen Arbeiter, in denen um feine konkreten Ziele gekämpft wurde, in denen aus revolutionärem Instinkt nur die Forderung nach der Durchführung des Generalstreiks erhoben wurde, stellten die Kämpfenden in diesem Falle von Anfang an klar umrissene wirtschaftliche Forderungen auf. Das Kampfsziel war einesteils die Abwehr von Verschlechterungen sozialer und wirtschaftlicher Natur wie die Reduzierung der Deputathöhe, die Abschaffung des Hausstandsgeldes für ledige Haushaltungsvorstände und die Unterbindung der Maßregelungen der im Vordergrund stehenden Arbeiter. Andererseits wurde auf Grund der wirtschaftlichen Not die Zahlung einer Wirtschaftshilfe von 250 000 bis 350 000 Mt. und eine Lohnerhöhung von 100 Prozent gefordert.

Ein besonderes Merkmal der früheren Kämpfe war das langsame und zaghafte Anschließen an die einmal entstandene Bewegung, und damit verbunden das betriebweise Abbröckeln der Betriebe im Kampfe. Die jetzt beendete Bewegung erfaßte im Gegensatz hierzu in ganz kurzer Zeit und ganz spontan das gesamte Industriegebiet.

Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie sabotierte den infolge der ungeheuren Verlesung der Arbeiter ausgebrochenen Kampf vom ersten Tage. Mit den schmutzigsten und gemeinsten Mitteln veruchte sie in Gemeinschaft mit dem Unternehmertum die alle Gewerkschafts- und Parteiführungen umfassende geschlossene Kampffront der Arbeiter zu zerbrechen.

So standen die ober-schlesischen Arbeiter zum ersten Male völlig auf sich selbst angewiesen im Kampfe. Und trotz aller mangelnden Erfahrung führte die aus allen Parteirichtungen zusammengesetzte Streikleitung den Kampf mit größter Disziplin durch, alle Möglichkeiten ausnützend, die in großer Not befindlichen Arbeiter und ihre Familien vor dem Verhungern zu bewahren. In Beuthen und Hindenburg wurde mit der sympathisierenden Kaufmannschaft die Gewährung von Lebensmittelkarten großzügig organisiert. Aus Lebensmittelkarten wurden Tausende von Arbeiter mit Familien täglich gespeist. Nur in Gleiwitz war die Durchführung eines solchen Planes nicht möglich, weil die Gewerkschaftsbürokratie die Kaufmannschaft aufgewiegelt hatte, die Streikenden nicht zu unterstützen. Die eingeleiteten Gelbsammlungen ergaben in wenigen Tagen Millionenbeträge. Auch die Stadtverordnetenversammlungen wurden reiflos im Interesse der Bewegung ausgenutzt. Die SPD-Stadtväter mußten im Gegensatz zu ihren Genossen in den Gewerkschaften unter dem starken moralischen Druck, welche die kämpfende Arbeiterschaft auf diese Versammlungen ausübte, die Forderung nach Einrichtung von Massenpeisungen, Alkoholverbot usw. unterstützen und durchsetzen. Alle Demonstrationen und Massenversammlungen bewiesen in allen vom Streit erfaßten Städten eine außerordentliche Disziplin und Befolgsamkeit der kämpfenden Arbeiter.

Wiederholt wurden Delegationen zur Reichsregierung und zum Regierungspräsidenten in Oppeln entsandt. In Berlin behnte man den

Gelegerten Polizeipol auf den Hals und warf sie nachts aus dem Hotel, in dem sie Wohnung genommen hatten. Der Herr Reichsarbeitminister Brauns und die Gewerkschaften im Reichstag wiesen die Gelegerten schroff ab. Brauns lehnte ein Einschreiten zugunsten der Streikenden ab und verlangte, sie müssten sich an die zuständige Stelle, unter der er die verräterische Gewerkschaftsführer verstand, wenden. Am ehesten von dieser Gesellschaft ist zweifellos der Regierungsanwärter von Oppeln, Herr Brisch, ein ehrenwertes Mitglied der Gewerkschaften und starker Maurergeselle. Synisch enthielt er die Idee seiner Auftraggeber. Wörtlich erklärte er die Streikleitung: „Die Arbeiter können streiken bis sie schwarz werden. Und wenn sie nicht ruhig sind, so haben wir noch genug Schuss. Maschinengewehre und Handgranaten. Ja, wenn es darauf ankommt, sogar auch Kanonen.“

Die wenige Tage nach Ausbruch des Kampfes systematisch betriebenen Provokationen der Polizei, die zweifellos auf die Herbeiführung eines Blutbades unter der Arbeiterchaft hinstreben, prallten wirkungslos an der Disziplin der kämpfenden Arbeiterchaft ab. Insbesondere hat sich in dieser Hinsicht wiederum die Gleiwitzer Schupo, die durch auswärtige Abteilungen verstärkt war, betätigt. Die ober-schlesische Arbeiterchaft hat den Herrschaften aber bewiesen, daß sie aus den früheren Kämpfen gelernt hat, ohne Schwächung seiner Kampfkraft solchen Provokationen auszuweichen.

Waren solche Provokationen nicht geeignet, die Geschlossenheit und den Kampfeswillen der Arbeiter zu schwächen, so hatten die Gewerkschaftsführer durch die Verweigerung der Streikunterstützungen eine andere Waffe zur Niederdrückung des Streiks in der Hand: Sie ließen die Streikenden dem Hunger aus. Bis zu 14 Tage standen die Arbeiter im Kampfe ohne einen Pfennig Unterstützung. Dabei stiegen die Lebensmittelpreise infolge der Geldentwertung immer weiter. Die Unternehmer schickten den Arbeitern die Entlassungen ins Haus. Auf großen Plakaten wurde den Arbeiterswilligen „wirksamer Schutz“ versprochen. Mit diesen Zwangsmitteln wurden die Vorkämpfer von Vorkämpfungen an die Arbeiterswilligen verbunden. Die Gewerkschaftsbürokraten propagierten mit aller Energie die Arbeitsaufnahme, sie drohten mit Ausschüssen aus den Gewerkschaften usw. Als dann noch das Berliner Abkommen, nach dem die ober-schlesischen Kampfs 15.000 Mark Schlichtungsgeld erhielten unter gleichzeitiger Gleichstellung mit den Köhnen der Ruhrbergarbeiter in „großer“ Aufmachung den Arbeitern bekanntgegeben wurde, da war es verständlich, daß eine Abbröckelung der geschlossenen Front einsetzte. Seit langer Zeit hatten die ober-schlesischen Bergarbeiter um die Gleichstellung mit den Ruhrbergarbeitern gekämpft. Infolge ihres geschlossenen Kampfes wurde die Forderung schnell gegeben. Es war immerhin ein Erfolg.

Berücksichtigt wurde die wankende Situation durch die Verhaftung des an der Spitze des Kampfes stehenden Mitgliedes des Betriebsausschusses, Genossen Marggraf sowie durch die polizeilichen Verfolgungen verschiedener leitender Funktionäre. Der Herr „Gewisse“ Fed. Polizeipräsident von Gleiwitz, hat keine Mühe den Zweifel ankommen lassen, daß er getreuer Steigbügelhalter der Kapitalisten ist.

In dieser Situation trat am Donnerstag, den 14. Juni, ein Betriebsrätekongress erneut zusammen, um zur Lage Stellung zu nehmen. Schon die Zusammensetzung und Beteiligung zeigte, daß die Kampffront geschwächt war. Und hier begannen neben einigen anderen Führern die Hauptfehler der Bewegung. Die Betriebsräte senden nicht den Mut, sich klar zu entscheiden. Sie suchten einen Ausweg, und glaubten, ihn in der Betriebsabstimmung gefunden zu haben. Damit gaben sie aber die geschlossene Front preis. Sie veranlaßten die Forderung, daß sie trotz aller Initiative sich gegenüber den bereits abgeschworenen Betriebsräten im Nachteil befinden. Das Ergebnis konnte am anderen Tage kein anderes sein, als daß eine Anzahl der Betriebsräten die Arbeit annehmen während besonders der Deutscher Bezirk eine Verhärzung des Streiks beschloß.

Die Streikleitung, die in der Betriebsräteversammlung nicht auf eine Entscheidung gedrängt hatte, was wiederum ein großer Fehler war, mußte, nachdem im Laufe des Freitagvormittags die Einsetzung für war, zu einer Entscheidung kommen. Sie wählte den einzig richtigen Weg: Um ein weiteres Abbröckeln des Streikes zu vermeiden, sowie ein Verhüten eines einzelnen Begriffs andererseits zu vermeiden, beschloß sie den geschlossenen Rückzug, d. h. daß sie die allgemeine Arbeitsaufnahme für Sonnabend, den 16. Juni.

Ein weiterer sehr wichtiger Mangel war, daß die Union der Hand- und Kopfarbeiter nicht ihren gut ausgearbeiteten organisierten

Apparat nicht sofort bei Ausbruch der spontanen Bewegung die Führung derselben übernahm. Wollte man die Unterlassung damit begründen, daß die Union vermeiden wollte, durch die Erfüllung ihrer revolutionären Pflicht der Gewerkschaftsbürokratie die Gelegenheit zu geben, den Kampf als einen kommunistischen und politischen Wutsturm zu benutzieren. Eine derartige Auffassung ist falsch und nicht vereinbar mit den Grundsätzen der revolutionären Gewerkschaftstaktik. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter ist eine revolutionäre Gewerkschaftsorganisation. Es ist ihre selbstverständliche Pflicht in den Erstlingskämpfen der Arbeiterklasse rückhaltlos in vorderster Linie zu kämpfen. Da die Union während des Kampfes dann aber doch mit aller ihr zur Verfügung stehenden Kraft eingegriffen hat, ist anzunehmen, daß sie ihren Irrtum bereits erkannt und die Lehren daraus gezogen hat.

Ein anderer Mangel war, daß die Streikleitung nicht für genügend Ersatzkräfte gesorgt hatte. Sie hätte zweifellos mit den Verhaftungen rechnen müssen.

Eine besondere Erscheinung war das Verhalten der Arbeiter, die ehemals in die nationalen Gewerkschaftsbünde eingetreten waren, während des Streiks. Die Kapitalisten, die diese Leute aus allen Ecken Deutschlands zur Niederdrückung der Arbeiterchaft herbeigezogen haben, hatten nicht damit gerechnet, daß einige Monate kapitalistische Fron genügen, um sie in die Reihen des kämpfenden Proletariats zu stoßen.

Der Kampf ist für heute abgeschlossen. Er wird morgen mit neuer Kraft ausbrechen. Wenn im ersten Ansturm die ober-schlesischen Arbeiter ihr gestecktes Ziel nicht voll erreicht haben, so haben sie doch einen entscheidenden Erfolg errungen: Sie haben zum ersten Male in geschlossener Front gekämpft. Dieses Bewußtsein wird sie stärken im täglichen Kampf mit der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie. Sie wird sie ermutigen, den Kampf um die Eroberung der Gewerkschaften mit aller Kraft fortzusetzen. Sie werden eines Tages erneut aufstehen auf der Grundlage der proletarischen Einheitsfront. Die ober-schlesischen Proleten werden die Worte wahr machen, die ihnen die Zentralstreikleitung im letzten Flugblatt zuruft:

„Die Kapitalisten jubeln: Siegl! Aber sie irren, es ist ein Scheinsieg. Sie haben Euch wohl gebeugt, aber sie haben Euch nicht bezwungen. Der Sieg wird und muß Euer sein, trotz alledem!“

### Haltet zu neuem Vormarsch!

Die Zentralstreikleitung Oberschlesiens hat zum Abbruch des Streiks einen Aufruf herausgegeben in dem es unter anderem heißt:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Ihr habt eine Schlacht geschlagen! Dank des Verrates der Gewerkschaftsbürokratie seid ihr erneut zurückgeschlagen worden.“

Doch die Herrschaften jubeln zu früh! Ihr seid wohl zurückgeschlagen, aber nicht niedergeschlagen! Ihr habt den Kampf wohl aufgehoben, aber nicht aufgegeben!

Und früher als die Verräter glauben, wird sich das ober-schlesische Proletariat wieder erheben. Dem geschlossenen Rückzug wird ein siegreicher geschlossener Vormarsch folgen!

Arbeiter, Arbeiterinnen! Seid auf der Hut! Derselben Bürokratie, die auch dem Kapitalismus auslieferten, dieselben Verräter wollen eure Organisationen zerlegen, sie zu ohnmächtigen Kampfsaktionen machen. Ausschüsse von Funktionären aus den Gewerkschaften werden angeordnet. Macht diesen Anschlägen durch euer geschlossenes Auftreten zuwider!

Halt eure Organisationen nicht zerlegen! Jagt im Gegenteil jene von den Böden, die ihr Amt nur zum Verrat an euch ausüben! Sorgt dafür, daß eure Gewerkschaften beim nächsten Ausbruch ein revolutionärer Faktor werden.

Arbeiter, Arbeiterinnen! Dem Verrat der Gewerkschaftsbürokratie zum Trotz müßt ihr euren endgültigen Sieg durch den proletarischen Einheitsfront!

### Der Streik der Coeseler Arbeiter mit einem vollen Sieg beendet

Die Belegschaften der Coeseler Cellulose- und Papierfabriken A. G. sowie der Eisengießerei Datz traten am 12. Juni geschlossen in den Streik. Die Arbeitseinstellung wurde von Anfang an verwirklicht. Die Arbeiter verjagten den Polizeidienst mit Feuerwaffen. Das Abschloßverbot wurde nicht durchgekehrt.

Die Gewerkschaftsbürokratie schickte auch hier wie in ganz Oberschlesien den Streik als „wild“. In letzter Minute, wo die Arbeiter den Sieg bereits in der Tasche hatten, erklärte sich der Metallarbeiter-Berband bereit, Streikunterstützung zu leisten.

Die Forderungen sind: Es wird in Zukunft ein Ungezogenen Kapital auf den Lohnen gezahlt. Es wird ein Zuschlag von 20000 bzw. 200000 M. gezahlt, der in zehn Raten abgezogen wird. Die erste Rate wird am 15. Juni abgezogen. Streiktag werden bezahlt. Arbeitsregelungen finden nicht statt.

Als Antwort muß die Eisengießerei von Datz erwidern, daß sie neben einem Gefellen dreißig Lehrlinge beschäftigt. Die Lehrlinge erhielten bisher einen Stundenlohn von 15 (in Worten: fünfzehn) Mark. Der Streik, an dem sie beteiligt waren, brachte ihnen einen Stundenlohn von 300 Mark.

### Genosse Höllein wieder im Reichstag

In der Sonnabend-Sitzung erließen Genosse Höllein nach genau demselben zwangsweise Abwesenheit wieder im Reichstag. Gen. Höllein wurde schon am frühen Morgen bei seiner Ankunft am Bahnhof von einer großen Anzahl Genossen begrüßt. Im Reichstag war sein Platz von der kommunistischen Fraktion mit Blumen geschmückt und der Reichstagspräsident Hebe begrüßte bei der Eröffnung der Sitzung Höllein mit einigen freundlichen Worten. In denen er hervorhob, daß Höllein für seine Überzeugung eingetretet und deshalb von den französischen Machthabern monatelang festgehalten wurde.

Gleichzeitig legte Höllein Rede zwei Justizare: die Abg. Herold (Str.) und Dietrich (Dn.), die seit dem 16. Juni 1907 ununterbrochen dem Reichstag angehört haben.

In geschäftlicher Beziehung wurde — es ist Sonnabend — rasch gearbeitet. Eine Reihe kleiner Vorlagen wurde debattiert erledigt und soweit es sich um erste Lesungen handelt, Ausschüssen überwiesen. Dann folgte der Reichstag die zweite Lesung des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fort. Das Gesetz wird nach längerer Debatte im wesentlichen nach der Regierungsvorlage angenommen. Für die dritte Lesung kündigt die deutsche Volkspartei namentlich die Abstimmung an.

Zum Schluß erledigt der Reichstag die zweite und dritte Beratung des Heimarbeiterlohngesetzes. Nächste Sitzung Montag, den 16. Juni, nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Landesverfassung und Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

**Achtung!** Die Genossinnen und Genossen melden sich zur Eintragung Dienstag, den 10. Juni und Freitag, den 23. Juni, vormittags 9 bis 11 Uhr, in Gleiwitz, Hüttenrestaurant, in Hindenburg und Zabörze bei Kreiswitz und in Bentzen Gewerkschaftshaus. **Der Betriebsräte-Ausschuss.**

### Sozialdemokratische Regierung von Salzfingernaden

Die Thüringer Regierung hat am Donnerstag ihr zweites Vertrauensvotum von den hiesigen Parteien einschließlich der Deutschnationalen erhalten, indem die gesamte Reaktion vom Jungbohrer Herluth bis zur WSPD, sich einstimmig gegen die kommunistische Mißbilligungsentscheidung aussprach. Die Tatsache der Koalition von der WSPD bis zu den Volksigen wird dadurch dem Thüringer Proletariat immer klarer vor Augen geführt.

Gegenüber den fortgesetzten schärfsten Angriffen der Kommunisten und der Arbeiter in den Betrieben pflichtet sich die Regierung in den Schutze der Reaktion. Zwischen WSPD und den bürgerlichen Parteien ist vereinbart, daß die Statuten der Regierung vorläufiglich zu Fall gekommen wäre, bis in den Oktober verschoben ist. Der Landtag wird also heimgeschickt, ohne daß die Regierung eine parlamentarische Mehrheit gefunden hat. Sie schwebt in der Luft und ist völlig abhängig von dem sozialistisch orientierten Landtag und den Stimmeparteien. In dieser Lage hat der sozialdemokratische Staatsrat und Landtagsabgeordnete Brill geäußert, sie sei günstiger als je zuvor, denn die Regierung habe nur noch drei sechs kommunistischen Abgeordneten gegen sich.

### 24 Milliarden für Salzfinken!

„Die Wiener „Neue Presse“ ist in den Besitz von Dokumenten gelangt, aus denen unzweifelhaft hervorgeht, daß die im „Sapierverband“ der Industrie-Deutscher“ organisierten christlichen und jüdischen Unternehmern für die Unterstützung der sozialistischen Salzfinken- und Frontal-Unternehmungen für dieses Geschäftsjahr insgesamt 24 Milliarden ausgeworfen haben. Zur Bedingung dieser Unterstützung wurde gemacht, daß die Bewegung sich nur gegen die Arbeiterchaft wenden und auch das jüdische Kapital nicht angreifen darf. Die Wiener Frontal-Unternehmern sollen 6 Milliarden, die Heimwörter der Provinz 12 Milliarden, die Salzfinken- (Christlichsozialen) mit Einverständnis und Zustimmung der sozialistischen Unternehmern 6 Milliarden erhalten.

Gegen antisemitische Tendenzen wurden entsprechende „Garantien“ beschlossen. Dagegen soll die Bewegung besonders dort tätig unterhält, mit Salzfinken und Frontalpartei werden, wo die Arbeiter besonders radikal sind.

### Schupprotestationen in Brandenburg a. S.

Der Streik in der Brandenburgischen Metallindustrie geht weiter. Die Unternehmern boten 3800 Mark Stundenlohn für Gelehrte und 3040 Mark für Lehrlinge. Dieses Angebot wurde von den Arbeitern abgelehnt. Die Regierung hat zugunsten der Unternehmern große Angebote von Schupo und Reichswehr nach Brandenburg geworfen, die bereits zusammenfassend propagierten, wobei auf die Streikenden geschossen wurde und mehrere Verwundungen zu verzeichnen sind. Auf Antrag der Streikleitung hat der Magistrat ein Abschloßverbot erlassen.

Der Magistrat hat seine „neutrale“ Haltung angedeutet, indem er sich in einem Aufruf an die Streikenden wendet und sie zum Abbruch des Streiks auffordert. Diese Empfehlung der Behörde ist dem wichtigsten Kampf der Arbeiterchaft ist natürlich von den Streikenden energisch zurückgewiesen worden.

Die Berliner Morgenblätter melden, ist über Brandenburg der so genannte Belagerungsstand verhängt worden. Die Schupo-Polizei befindet sich in erhöhter Alarmbereitschaft.

### Die schlesischen Metallarbeiter vor dem Streik?

Die schlesischen Metallindustriellen fordern die Gewerkschaften ultimativ auf, an Stelle der bisherigen bezüchtlichen Tarifregelung eine neutrale Regelung unter Verschlechterung der bestehenden Arbeitszeit und Arbeitsverhältnisse zu lassen. Dies lehnten die Gewerkschaften ab. Nun diktiert die Industriellen die Abne selbstherrlich. Die Lohnkommission des MVB beschloß, dieser Schachmatt mit allen Mitteln zu begegnen. An die Unternehmer ist ein Ultimatum gerichtet worden, ob sie bis zum Sonnabend, den 16. Juni verhandeln wollen oder nicht. Bei abblehendem Bescheid wird es zum Streik kommen.

### Lohnkämpfe im ausgehungerten Ruhrgebiet

Aus Essen wird gemeldet: Gegen 9 Uhr vormittags ereignete in geschlossener Aufmarsch ein großer Teil der Belegschaft der Zeche Sälzer-Neuad, um vor dem Gebäude des Bergbauvereins zu demonstrieren. Vier Mitglieder des Betriebsausschusses unter Führung des Betriebsratsvorsitzmanns Oberhagen begaben sich in das Dienstgebäude, wo sie ihre Forderungen auf sofortige Auszahlung eines Zuschusses von 100.000 Mark vorbrachten. Die Übermittlung dieser Forderung an die Direktion der Zeche bezog an die zuständige Stelle der Firma Krupp wurde der Abordnung zugesagt. Daraufhin begaben sich die Belegschaftsmitglieder der Zeche Sälzer-Neuad in geschlossener Zuge wieder zur Zeche zurück. Wegen Lohnunterschieden.

### Vor den Verhandlungen der Beamten und Staatsarbeiter

Heute beginnen die Verhandlungen. Die Gewerkschaften fordern Zulagen nach Wirtschaftsgebieten anstatt der bisherigen mangelhaften Ortsklasseneinteilung. Bei einer Vorbesprechung am Dienstag soll sich das Reichsverkehrsministerium bereit erklärt haben, die Wochenlöhne der Eisenbahnarbeiter bereits am Dienstag jeder Woche auszahlen zu lassen. Die Bewegung unter den Eisenbahnern wächst. Aus dem ganzen Reich häufen sich die Meldungen, daß die Eisenbahner die Nichterfüllung ihrer Forderungen mit ArbeitsEinstellung beantwortet werden.

### Kontrollauschüsse, packt zu!

Ein großunternehmerische Gesellschaft, an deren Spitze Graf Finkenstein, Schönbrunn, hat auf ihren Speicherröden ebenfalls noch riesige Mengen der Getreidevorräte aus den Ernten 1920 bis 21 lagern. Die Mäuse, führen in den Kornspeichern ein beschäftigtes Leben und was nicht von den Mäusen gefressen wird, verfault und vermodert.

Die Agrarier aber können es sich leisten, denn sie bekommen für das wertige, was sie liefern, Bucherpreise. Mag das andere verkaufen und das Volk verhungern, der Welken der Agrarier wird blühen trotz alledem.

Hier wird keine bürgerliche Behörde zugreifen. In allen diesen Fällen können nur proletarische Kontrollauschüsse wirksam eingreifen, um das zurückgehaltene Getreide der Volksernährung zuzuführen.

### Berebereiter

In der Zeit der bittersten Not, in einer Zeit, wo die Arbeiterchaft mit einem Seuchenherd von Hungerkrankheiten umgeben ist, geht ein gewissenloses Agrarierum daran, planmäßig das Volk auszuhungern. So wird der „Völkischer Volkszeitung“ geschrieben:

„Auf dem Dominium Pashowitz lagern 2000 Zentner Roggen und 1000 Zentner Weizen, der dumpf ist und stinkt. Der Rebs von vorigem Jahr ist noch nicht ausgedroschen.“

Der Amtsvorsteher von Nilsstadt hat noch von der Ernte vor zwei Jahren den Roggen zu dreschen.

Der Amtsvorsteher in Groß-Wandrich hat noch 3000-4000 Zentner Weizen auf dem Boden, der vollständig verrotten ist, rauch und beim Umschaufeln zittern werden muß. Dominium Rohr hat noch seit drei Jahren Weizen einen halben Meter hoch auf dem Boden liegen. Der Weizen ist vollständig vom Krebs durchsetzt und für die Ernährung verloren.“

### Reichskonferenz der Internationalen Arbeiterhilfe und der Wiederaufbau Sowjetrußlands

Berlin, 18. Juni. Die von der Internationalen Arbeiterhilfe am Sonntag in Berlin einberufene Konferenz war von mehr als 200 Delegierten aus allen Erdteilen besucht. Vertreter waren aus der Internationalen Arbeiterhilfe des sowjetischen Komitee Na i c a, das Rote Kreuz, die Arbeiterhilfe, die russische, die ukrainische und die deutsche Regierung. Zahlreiche ausländische Organisationen hatten Telegramm geschickt.

Im Kongress am einstimmig die Meinung zum Ausdruck, daß nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch berührt werden müsse, durch eine Anlehnung an den Osten zu Gegenüberstellung gegen den reaktionären Imperialismus zu schaffen.

Rettung oder Fahrt in den Abgrund

Von Heinrich Brandler (Berlin)

Das neue Memorandum der Cuno-Regierung hat keinen Erfolg gehabt. Die Entente, und zwar Frankreich, Belgien, England und Italien, verlangen von der Cuno-Regierung die offene Unterwerfung. Sie ist mit der heimlichen Aufhebung der Sabotagepolitik im Ruhrgebiet nicht zufrieden. Eine Regierung, die die französische Regierung zur Niederknuppelung der Ruhrarbeiterchaft um Waffenhilfe anbietet, kann mit Zug und Recht nichts anderes erwarten. Die Entente ist nicht gewillt, der deutschen Regierung zu helfen, ihre Kapitulation vor der französischen Bourgeoisie zu vertuschen.

Die blutige Niederwerfung der Ruhrarbeiterchaft, die bei Beginn der Ruhrbesetzung von der französischen und deutschen Bourgeoisie mit der Politik des Zudeckbrotes umschmeichelt wurde, ist nicht gelungen. Dank der zielklaren Führung der kommunistischen Partei gelang es nicht, die Ruhrarbeiterchaft in einen isolierten politischen Machtkampf hineinzureißen, der die erste Gelegenheit gegeben hätte, auf das niedergeworfene Ruhrproletariat das Versöhnungsfest zwischen französischer und deutscher Bourgeoisie zu feiern. Durch diese kluge Taktik ist das Selbstbewußtsein der Ruhrarbeiterchaft gestiegen, der Durchführung des Sinnesprogramms als Voraussetzung und Mittel zur Unterwerfung vor dem französischen Kapitalismus auf Kosten des deutschen Proletariats sind dadurch schwere Hindernisse in den Weg gestellt. Die deutsche Bourgeoisie starrt und trachtet nach einem Ausweg. Sie will einen vernünftigen Schlag gegen unsere Partei, gegen das revolutionäre Proletariat führen, weil sie nur auf diesem Wege die Bahn für ihre Politik frei machen kann. Die Diskreditierung unserer Partei durch Putschhege, angebliche Zusammenarbeit der KPD mit den Franzosen, ist mißlungen. Die Gefahr für die Ruhrarbeiterchaft, für das gesamte deutsche Proletariat, wie für die KPD, ist jedoch noch nicht vorbei. Es ist der Partei gelungen, die elementare Massenbewegung im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, in Sachsen und Thüringen fest in die Hand zu nehmen. Wir haben das gefährliche strategische Mandat der Bourgeoisie durchkreuzt. Wir haben ohne und gegen die USPD- und Gewerkschaftsbürokratie diese Bewegung in den Grenzen wirtschaftlicher Lohnkämpfe gehalten, sind bewußt einem Machtkampf ausgewichen, der uns eine sichere Niederlage eingebracht hätte, und haben dadurch einen großen politischen Erfolg, und durch die kleinen Erfolge im Lohnkampf zum ersten Male erfolgreich ohne und gegen die Gewerkschaftsbürokratie Lohnkämpfe durchgeführt. Durch die Führung dieser Bewegungen hat die Partei die notwendige Beweglichkeit und Manövrierfähigkeit bewiesen und in den breitesten Arbeitsschichten an Prestige und Sympathie gewonnen.

Die Schwächen, die sich in diesen Kämpfen zeigten, sind in der ganzen Partei erkannt und werden abgestellt. Sie bestehen in noch nicht

vollkommen genügender Disziplin gegenüber zentralen Anweisungen, in nicht ausreichender Vorbereitung aller notwendigen Maßnahmen der Partei in den breitesten Massen. Sie haben die Partei auf die Notwendigkeit der Bildung von Betriebszellen hingewiesen, weil nur durch diese die Führung so riesiger Massenbewegungen aus den Betrieben heraus planmäßig und zielstrebig durchgeführt werden kann.

Die Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteinstanzen versagen auf der ganzen Linie. Das berichtigte Gutachten der Industriellen, das im wesentlichen das Sinnes-Programm formuliert, und das dem Memorandum der Cuno-Regierung zugrunde gelegt wurde, fordert die Uebergabe der Staatsbetriebe an das Privatkapital, die Forträumung der letzten Hemmnisse intensiver kapitalistischer Ausbeutung, die Beseitigung der letzten Reste der Zwangswirtschaft, der Außenhandelskontrolle, des Achtstundentages, der Rechte der Betriebsräte, der Demobilisierungsvorschriften und des Mieterschutzes. Dafür werden von der Industrie 200 Millionen Goldmark jährlich als Hypothekenzinsen für Verpfändung des industriellen Grund und Bodens und der Gebäude geboten. Jede staatliche Kontrolle der Privatindustrie wird ausgeschaltet.

Die Gewerkschafts- und sozialdemokratische Parteibürokratie hat sich mit diesem Raubzug bereits abgefunden, das lendenlahme Protestgutachten der Gewerkschaften ist ohne jeden Kampfwillen und eine leere Phrase. Die unerhörte Preissteigerung, die eine Folge der bankrotten Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik ist (der Dollar steht auf über 100 000), zwingt die Arbeiterchaft zur Selbsthilfeaktion. Verlassen von der Gewerkschaftsbürokratie, durchzieht das ganze Land eine „wilde“ Lohn- und Streikbewegung. Die Gewerkschaftsbürokratie stellt sich überall gegen die kämpfende Arbeiterschaft und tritt für das Unternehmertum und für den ungeführten Fortgang der kapitalistischen Produktion ein, auch wenn die Arbeiter unter den Folgen dieser Politik zugrunde gehen. Das führt zur vollständigen Zerlegung der USPD, zur Rebellion in den Gewerkschaften. Die USPD- und Gewerkschaftsinstanzen versuchen frampfhast ein neues Zeugnismandat. Sie vertrauen die Arbeiter auf Lohnverhandlungen, die während der Zeit der Verhandlungen auch dann gegenstandslos werden, wenn sie einige Zugagen bringen, weil durch die Entwertung der Mark die Lebenshaltung der Arbeiterschaft — in einem Tage bis zu 20 Prozent — sinkt. Um die Massen zu täuschen, wirft die Gewerkschaftsbürokratie ein neues Schlagwort von der Schaffung „wertbeständiger Löhne“ in die Massen. In den nächsten Tagen sind auch Verhandlungen der Spitzen des ADGB mit den Behörden über die „wertbeständigen Löhne“ angesetzt. Es ist klar, daß alle diese

Redereien über Goldlöhne, gleitende Lohnskala und wertbeständige Löhne nur ein Schwindel sind, das die in Bewegung geratenen Arbeitermassen, Angestellten und breite Schichten des Mittelstandes von Selbsthilfeaktionen zurückhalten soll. Jedermann weiß, auch wenn er sonst nichts weiß, daß es unmöglich ist, ohne Niederwerfung der Bourgeoisie für die Arbeiterklasse Löhne zu schaffen, die die Existenz des Proletariats in der zusammenbrechenden kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sichern können. Mit den Goldlöhnen, den wertbeständigen Löhnen und ähnlichen Schlagworten geht es wie mit Fröhlichs „Rindfleisch und Pflaumen“: „Sie sind ein schön Gericht, bloß man kriegt sie nicht“. Angesichts dieses Bankrotts der kapitalistischen Wiederaufbaupolitik ist das Programm der kommunistischen Agitation klar: Mobilisierung der Arbeitermassen, der Angestellten, des Mittelstandes und der Kleinbäuerlichen Massen zur Durchführung des Sinnesprogramms des Reichsbetriebsrätekongresses vom November. In diesem Programm sind bereits vor der Ruhrbesetzung die wichtigsten Aufgaben klar umrissen, und es gilt nur, die breitesten Massen für seine Durchführung zu mobilisieren. Die Kernpunkte dieses Programms sind:

Nach der wirtschaftlichen Seite hin: Wirkliche Sachwertverfassung, zum mindesten 51 Prozent aller industriellen Großbetriebe, Großbanken, des Großhandels, des Großgrundbesitzes, des Betriebskapitals, des Grund und Bodens, der Produktions- und Arbeitsmittel sowie des Ertrages in natura und Unterstellung der gesamten Wirtschaft unter Staatskontrolle einer Arbeiterregierung von oben und Arbeiterkontrolle von unten. Nur die wirkliche Sachwertverfassung zu mehr als 50 Prozent gibt dem Staat die reale Möglichkeit planmäßiger Kontrolle, Leitung, Konzentration, Schädigung der Wirtschaft und Abwälzung der Lasten von den Schultern der wertfähigen Massen auf die Besitzenden. Nur in der Richtung des Aufbaues der sozialistischen Wirtschaft ist eine Rettung vor dem Untergang möglich.

Praktisch kann das nur erreicht werden durch den politischen Machtkampf, deren Minimum führen muß zur Errichtung einer Reichsarbeiterregierung als staatliches Machtzentrum der Arbeiterklasse, um das Wirtschafts- und Finanzprogramm zur Rettung der wertfähigen Massen durchzuführen. Reichsarbeiterregierung ist die aktuelle Gegenlösung gegen die Koalition zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien im Reich. Die Reichsarbeiterregierung hat zur Voraussetzung die Bildung selbständiger Klassenorgane der Arbeiterschaft, wie Betriebsräte, revolutionäre Gewerkschaften, Kontrollausschüsse, bewaffnete Selbstschutzorganisationen der Arbeiterschaft.

Außenpolitisch: politisches, wirtschaftliches und militärisches Bündnis mit Sowjetrußland

zur Verstärkung der Verteidigung gegenüber den Angriffen der Entente.

Für dieses Programm gilt es, die gesamte wertfähige Bevölkerung zu mobilisieren: die Mieter, die unter der Ausbeutung des Mieterbürgers leiden, die Kriegsbeschädigten, die dem Hungertode preisgegeben sind, die Staatsarbeiter und -angestellten und unteren und mittleren Beamten, die von Entlassungen und Arbeitslosigkeit bedroht werden, die Handarbeiter, Kleinpächter, Kleinbauern, denen das verfügbare Land zugeteilt werden muß, um sich vor der Entfremdung des Großgrundbesitzes zu retten, die Arbeitslosen und Kurzarbeiter, die dem Hungertode überliefert werden.

Die KPD muß alle Kräfte anspannen, um die dem Untergang geweihten Massen zur Rettungaktion zu mobilisieren.

Durch den Verfall der deutschen Wirtschaft und des deutschen Staates sind schon große Verschiebungen in den einzelnen Landesteilen Deutschlands geschaffen worden. In Sachsen und Thüringen ist das Kräfteverhältnis so, daß die Bourgeoisie nicht mehr stark genug ist, den legalen Ausbau der proletarischen Kampforganisationen, wie Betriebsräte, Kontrollausschüsse und proletarische Hundertschaften zu verbieten. Andererseits ist das Proletariat noch nicht stark genug, um in diesen Landesteilen isoliert die Bourgeoisie niederzuwerfen. Der Plan der Bourgeoisie ist, die Arbeiterklasse in isolierte Machtkämpfe zu verwickeln, um sie wie im Jahre 1919 isoliert und nacheinander niederzuwerfen. Es ist Aufgabe der kommunistischen Führung, das unter allen Umständen zu verhindern. Sie muß lernen, in der vorgeschrittenen Bezirken kurz zu treten und wenn nötig, auszuweichen. Sie muß in den rückständigen Gebieten die Bewegung auf die Höhe der vorgeschrittenen bringen. Bei der Durchführung dieses strategischen Planes muß sie lernen, eine sehr bewegliche revolutionäre Taktik anzuwenden. Wenn ihr das gelingt, wird sie zur Führerin der sich anbahnenden proletarischen Einheitsfront. Im Falle eines Angriffes der Faschisten, eines großen Bergarbeiter- oder Eisenbahnerstreiks im Reich wird es dann der Partei gelingen, die Gesamtarbeiterchaft mobil zu machen und an der Spitze der kampfbereiten proletarischen Einheitsfront ohne und gegen die USPD- und Gewerkschaftsbürokratie den Sieg zu erkämpfen. Von der Kraft dieser einheitslichen geschlossenen Massenbewegung wird es abhängen, ob der erste Schritt zur Rettung vor dem Untergang praktisch durchgeführt werden kann, der bringen muß: die Reichsarbeiterregierung, die wirkliche Befassung der Sachwerte, die Bewaffnung der Arbeiterschaft und das Bündnis mit Sowjetrußland.

Genosse und Genossin werbe eifrig für dein Partei-Organ.

Rosa Luxemburg-Gedächtnisfeier

Eine wohlgeleitete Gedächtnisfeier für Rosa Luxemburg veranstaltete die Breslauer KPD am Freitag im Gesellschaftshaus „Bratysławia“. Der starke Besuch der Feier ließ das rege Interesse erkennen, das auch in der Breslauer Arbeiterschaft für das Andenken dieser tapferen, revolutionären Führerin lebendig ist. Das Programm war sehr reichhaltig, fast konnte man das Gefühl haben, daß durch das Bestreben, Orkes zu bilden, das Programm zu groß geraten war. Eingeraht wurde die Veranstaltung durch ausgezeichnete Soubretten des Streichquartetts Paul Häusler das Stück von Beethoven, Schubert, Haydn und vor allem den unvergleichlichen Drausemarisch der russischen Revolution mit feinsten Einfühlung spielte.

Gen. Harms referierte mit bestem Verständnis drei Briefe aus dem Gesamtbrief von Rosa. Sie gaben einen tiefen Einblick in Rosas Menschlichkeit, die von so gutem Empfinden war und so gar nichts mit dem Spießbüchlein von der „blutigen Rosa“ zu tun hatte. Die Referate der Samaritanischen Kirche aus der russischen Revolution „Die Wüste“ wirkte, wenn auch ihre gewaltige Spannung nicht bestritten werden soll, durch ihre Länge in diesem Programm etwas abklingend. Mitwirkend und von starker Kraft waren die Vorträge des besten Sprechers der KPD, Braslen unter der ersten Leitung des Gen. Harms.

Im Mittelpunkt des Abends stand die Ansprache des Gen. Silbermann, der in kurzen, kräftigen Sätzen den Lebensgang Rosa Luxemburgs schilderte. Nicht allein der Machtgrad, sondern auch die Kraft, die unter den Mordstrahlen einer entmenschten Soldateska steht, führt sie ein hundertmaliges

denken in der Arbeiterschaft. Das Lebenswerk Rosas ist noch heute richtunggebend und wegweisend für den Kampf um die Befreiung der Arbeit. Rosa Luxemburg stand seit ihrer Jugendzeit die sie in Polen verlebte, stets auf Seiten des unterdrückten und leidenden Volkes. Ihr erstes Auftreten in Deutschland galt dem erbarmungslosen Kampf gegen alle Schwächen und Halbheiten der Arbeiterbewegung, dem Kampf gegen Reformismus und Revisionismus. In den Debatten über den Massenstreik und die Rolle des Imperialismus in der alten Sozialdemokratie grenzte sich Rosa auch scharf ab gegen das sog. „Marxistische Zentrum“ um Kautsky und dessen „Ernährungsstrategie“. In der Akkumulationstheorie entwickelte Rosa die ökonomischen Lehren Karl Marx' selbständig weiter. Rosa stand immer auf dem linken Flügel und verwarf schon vor dem Kriege den Kern der kommunistischen Partei. Als der Krieg ausbrach, die völkerverfeindende Zweite Internationale grauam zusammenklappte, da hat Rosa keinen Moment geschwankt. Sie nahm den Kampf gegen Krieg, für den internationalen Gedanken auf. Sie ließ sich auch im Gefängnis nicht zum Schweigen verurteilen, sondern schrieb ihre „Spartakus“-Dreize, die illegal verbreitet, gierig von den Gruppen fahnenbewusster Arbeiter in allen Städten und an der Front beschlungen wurden. Hier entstand auch die „Janus“-Drohschüre. Erst die Revolution gab Rosa Luxemburg, wie auch Karl Liebknecht, die Freiheit wieder und sie stürzte sich mit Feuerzunder in den Strom der Bewegung. Mit aller Schärfe analysierte Rosa in Artikeln und Reden die Lage und gab den Weg und das Ziel an. Sie gründete mit der KPD (Spartakusbund) die Streik- und Schödel-gewaltlosen, und die Schiffe, die Karl Liebknecht mühsam niederrückten, sie wollten das Volk der Leuten revolutionär treffen. Aber trotz der gemauerten Barrikaden der Sozialdemokratie ist die Revolution nicht tot. Auch

Rosa's Geist lebt weiter. Wir können mit Gesehe sagen:

Seine Toten mag der Feind betrauen, Denn sie liegen ohne Wiederkehren. Infre Toten sollt ihr nicht bedauern, Denn sie wandeln über jenen Schanden!

Neue deutsche Nationalhymne

Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. Wo ein hunderttausend Völkchen fest und treu zusammenhält. Großgarter, Falkenkreuzler, Demokraten hochgestellt. :: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. ::

Bauernweiber, Mutterliebe, die im Schwemstall hoch erblüht. Ihre Ferkel (ihre Kinder) liebendoll mit Milch aufzieht. Wo das Brot der Proletarier in den Schweineföden fällt. :: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. ::

Wo der Wela manch hohen Herren nur 3 Mark die Flasche kost. Und das Wohl und Weh der Massen wird am Herdich ausgekost. Wo nur G'wein eingeliefert, die am Kohlenisch festgeköst. :: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. ::

Menschlichkeit und Nächstenliebe wird wie Unkraut ausgerottet. Und das Kind in Mutterliebe z. d. zu Magerpreis verkauft.

Wo bei Hungernot und Kälte wird ein Volk zu Tod gequält — :: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. ::

Jede Stadt hat ihre Kirchen, jeder Bauer seinen Stall — Hier gepredigt, dort gefüttert, das den mehr der Ferkel Zahl. Scherpenkeise — Wucherpreise — wie soll das so schön gestellt. :: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. ::

Der Prolete ist zufrieden — er hat seinen „Jahreslohn“. Wenn er auch mit Weh und Kribern wider Welt noch Raubung hat. Hat er doch Parteigenossen an die Spitze sich gestellt. :: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. ::

Arbeit ist des Arnen Freude, Kaffen hat er untergeköst. Neben soll der reiche Bucher und der Schöcker, der's berköst. Arbeit, Hungernot und Kälte — bel und arbel, wenn's geföllt. :: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. ::

Buchern, schlammn Geld erpreßn, Jüwerpad und Priestertum. Bringt die armen breiten Massen trotz des besten Schaffens um. Darum laßt uns lieber singn jeden Tag vom G'ch zum G'ch. :: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt. ::

Surra, Surra, Surra!

# Betrieb & Gewerkschaft

## Solidarität mit den jugendlichen Arbeitern!

**Arbeiter! Arbeiterinnen! Betriebsräte!**  
Im ganzen Reich formiert Ihr Euch, um der grenzenlosen Verelendung, um dem drohenden Hungertod Einhalt zu gebieten. Bereits sind in Ober- und Mitteldeutschland die Streiks ausgebrochen. In vielen Orten sind Bewegungen zur Beseitigung der Mollate im Entstehen. Die proletarische Jugend, die jungen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge müssen besonders stark unter der Faust der Weltfäule und Industriebanden leiden. Den Lehrlingen wird es durch vorstufliche Besetzung unmöglich gemacht, sich ihrer Haut zu wehren. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen werden gezwungen, für niedrigen Lohn zu arbeiten.

**Schwächere Arbeiter!** Vergeht nicht, daß die Jungarbeiter und Lehrlinge ein Teil der Gesamtarbeiterchaft sind. Bedenkt, daß, wenn Ihr die Jungarbeiterchaft und Lehrlinge nicht mit in den Kampf einbezieht, diese von den Unternehmern gebraucht werden.

**um Streikbrecherarbeiten zu leisten, um Euch in den Rücken zu fallen.**

**Weshalb richten wir die Mahnung an Euch: Besetzt in allen Euren Kämpfen die Jungarbeiter und Lehrlinge nicht!**

Das Jungproletariat gehört mit in die Kampfzeilen der erwachsenen Arbeiterchaft. Reist überall die Forderungen der arbeitenden Jugend in die Surgen ein. Beseitigt die Fesseln, die die Lehrlinge hindern, mit Euch gemeinsam zu kämpfen. In jedem Betrieb, in jeder Gewerkschaft müssen folgende Mindestforderungen der Jungarbeiterchaft und Lehrlinge erhoben und durch gemeinsamen Kampf durchgesetzt werden:

1. Sofortige Erhöhung der Löhne, und zwar: für Lehrlinge im ersten Lehrjahr (14. bis 15. Lebensjahr) 33 1/2 Prozent, im zweiten Lehrjahr (15. bis 16. Lebensjahr) 50 Prozent, im dritten Lehrjahr (16. bis 17. Lebensjahr) 60 Prozent, im vierten Lehrjahr (17. bis 18. Lebensjahr) 90 Prozent des Lohnes eines erwachsenen Arbeiters. Für alle über 18 Jahre alten Arbeiter den gleichen Lohn. Für gleiche Arbeit soll gleicher Lohn gezahlt werden.

2. Auch allen Jungarbeitern und Lehrlingen muß die gleiche Wirtschaftshilfe gewährt werden.

3. Aufrechterhaltung des achtstündigen Arbeitstages, der durch das Arbeitszeitgesetz bestätigt werden soll.

4. Das aber den Lehrlingen und Jungarbeitern für immer die Möglichkeit der gleichberechtigten Teilnahme an allen Bewegungen zu schaffen, muß in erster Linie

das Streikrecht auch für alle Lehrlinge erkämpft werden.

Es gilt, 4  
1. Die sofortige Beseitigung aller privaten Nebenberufe und die Regelung des Lehrlingslohns durch gewerkschaftliche Tarifverträge;  
2. für alle jugendlichen Arbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge die völlige Gleichbe-

rechtigung in den Gewerkschaften und allen Kampforganen der Arbeiterchaft zu erkämpfen. Junge und erwachsene Arbeiter! Um diese Forderungen durchsetzen zu können, bedarf es der geschlossenen Kampffront der gesamten Arbeiterchaft.

**Schließt die Reihen zum gemeinsamen Kampf!**  
Keiner darf abseits stehen! —  
Hinweg mit der Hungerpeitsche!  
Kampf dem Hunger und Elend!  
Berlin, den 14. Juni 1923.

**Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte**  
**Kommunistische Jugend Deutschlands.**

**Vorwärts zu neuem Kampf!**

Am Freitag wurde in Lehmwasser im „Schultesbach“ und im „Kriegesbach“ die Arbeit von den Streikenden wieder aufgenommen. Jedem Arbeiter wurde schon bei Beginn der Streikbewegung bekannt, daß die Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln veruche, diese gewaltige Bewegung abzuwürgen. Die in allen Orten, so auch in Lehmwasser, hier spielte der Betriebsrats-Vorsitzende des „Schultesbachs“ die erbärmlichste Rolle, die je ein Arbeitervertreter spielen konnte. Er verkörperte das Programm der Gewerkschaftsführer, das wurde es möglich, daß fünf Arbeiter vom „Schultesbach“ auf der Strecke blieben, daß Mahregelungen stattfinden konnten. Charakteristisch ist dabei, daß ohne Ausnahme Arbeiter in Frage kamen, die sonst rechtlich überhaupt nicht in die Dessenlichkeit traten, sondern die während des Streiks nur eine klare und entschiedene Stellung im Interesse der Arbeiterchaft einnahmen.

Aus der Auswahl der zur Entlassung gekommenen Arbeiter geht klar hervor, daß hier Denunzianten die Hand im Spiele hatten, weil verschiedene Entlassene nur in den Versammlungen hervorgetreten sind. Die sofortige und durch die Werkleitung energisch durchgeführte Mahregelung der fünf Arbeiter, die nur ihrem Empfinden während des Streiks durch Worte freien Lauf ließen, geschah im Einverständnis mit dem Betriebsratsvorsitzenden Erich Mai. Die Werkleitung des „Schultesbachs“ wurde über die Streikverfassungen gewillenshaft orientiert, sie konnte aufrechte Arbeiter und miselnde Knechte genau.

Schon vom Beginn des Streiks an zeigte sich der Betriebsratsvorsitzende des „Schultesbachs“, Erich Mai, als Gegner der Streikbewegung. Bei jeder Gelegenheit suchte er in hinterhältiger Weise die Streikenden von der „Unförmigkeit des Streiks“ zu überzeugen. Er spielte sich auf als alter, „erfahrener“ Gewerkschaftler, der gezwungen ist, die Interessen der Gewerkschaft zu vertreten, nicht aber die Interessen einzelner Elemente mit der großen Fresse; er wollte lieber ein kleines treues Häuflein in der Gewerkschaft haben, als einen großen Teil mit ihrem Los unzufriedener Mitglieder.

Und so wühlte und unterminierte er die sich bildende Einheitsfront und erreichte schließlich deren Zusammenbruch durch sein freches Spiel in der letzten Streikversammlung am 13. Juni.

Das sich jetzt ergebende Streikresultat in Lehmwasser mit all seinen Gewaltmaßnahmen und Rücksichtslosigkeiten der Werkleitung des „Schultesbachs“ ist das Schulterswort des Betriebsratsvorsitzenden Erich Mai, der kurz nach dem Streik erklärte: „Jetzt wird aber im „Schultesbach“ gelobt!“

Erich Mai war es, der dafür sorgte, daß die Werkleitung des „Schultesbachs“ Material gegen einzelne Streikende erhielt, und so zur Mahregelung einer Anzahl Arbeiter aus dem „Schultesbach“ sein redlich Stück Verräterarbeit leistete.

Und Erich Mai war es, der einzelne Mitglieder des Betriebsrates als „unfähig“ der Werkleitung denunzierte und der dafür sorgte, daß diese Betriebsratsmitglieder zur Entlassung kommen sollten.

Auf ihn kommen alle Konsequenzen, die sich aus der Streikbewegung in Lehmwasser ergeben.

Schon wächst die Deuerung ins Uferlose. Der Dollar erklimmt rüstig das zweite Hunderttausend. Die Lebensbedingungen der Arbeiterchaft schreien nach Kampf, Kampf bis zum Sieg! Aber siegreicher Kampf ist nur möglich, wenn kein Verräter die Front der Kämpferschwärze, wenn die Verräter mit Schimpf und Spott aus den Reihen der Kämpfenden getrieben werden. Proletarier von Lehmwasser! Schärft Euer Schwert, reinigt Eure Kampffront von Verrätern! Es gilt neuen Kampf!

**Firma Zuchscherer Ohlau, für Zimmerer gesperrt!**

Wie schon bekannt, standen die Zimmerer bei der Firma im Streik. Die Belegschaft ist aber nicht gewillt, wegen einer Lapsalie von 5 Prozent wochenlang zu streiken und so lange zu warten, bis es der Firma endlich einfällt, den Lohn zu zahlen! Da von allen Unternehmern in Ohlau eine 50prozentige Lohnerhöhung gezahlt wird, Zuchscherer aber nur 45 Prozent zahlen wollte, wurde am Montag eine achtwöchentliche Sperre über die Firma verhängt. Jetzt versuchte die Firma mit 100 Kollegen irre zu führen. Die Firma erbot sich die 50 Prozent vorläufig zu zahlen, aber dann bei der nächsten Lohnaufbesserung nur die prozentuale Erhöhung auf die nur 45 Prozent hinzuzurechnen, dafür aber ein bis zwei Arbeitstage voll zu bezahlen!

Also lieber will die Firma eine einmalige Ausgabe von einer Million geben, um bloß die Prozente vom richtigen Grundlohn herabzudrücken, denn das Verlorene am Grundlohn fehlt für immer.

Aber dank der Massenbewussten und feststehenden Kollegen wurde dieses Angebot abgelehnt. Die Sperre bleibt darum aufrechterhalten.

**Gewerkschaftspalter an der Arbeit**

Gegen ihren Willen ist man von Seiten einiger Lokalgruppen bemüht, die unbedeuten Kommunisten aus dem Ortsausschuß und den Gewerkschaften Greiffenberg hinaus zu befördern. Es steht noch der Schrei von der Maisfelder in den Knochen, als man unseren Genossen Bietwald von der Rede ausschalten wollte, genau so ausschalten, wie man es mit dem Ortsausschuß Gehrdsdorf gemacht hatte und die Leitung dem treuen GVD-Mann, Konsumlagerhalter Hoffmann-Gebhardt-

dorf, übertragen hatte. Man hatte aber die Rechnung ohne unsere Genossen gemacht, die sich nicht abdrängen ließen, sondern forderten, entweder es sprechen beide, oder keiner.

Das mußte natürlich gerächt werden. Seit dieser Zeit ist man so sehr hinter den Kommunisten her, besonders hat es ihnen Genossen Reich angefallen. Er sollte aus der Arbeiterbewegung verschwinden. Man stellte ohne weiteres den Antrag, Genossen Reich aus dem Ortsausschuß auszuschließen. Reich ist Vertreter des Metallarbeiterverbandes. Man richtete an den Metallarbeiterverband die Aufforderung, einen anderen Vertreter in den Ortsausschuß zu entsenden. Diesen Gesallen traten aber die Metallarbeiter den Ortsausschußgrößen nicht, sondern schickten den Genossen Reich wiederum hinein. Das ging den Herren Kollegen gegen den Strich, denn der erste Punkt der Tagesordnung lautete: „Stellungnahme zur Wiederwahl des Kollegen Reich.“ Der Vorsitzende der Metallarbeiter stellte selbst den Antrag, den Metallarbeiterverband, Zuchscherer Greiffenberg, deshalb aus dem Ortsausschuß auszuschließen.

Die Metallarbeiter Greiffenbergs werden sich auch diesmal nicht verblüffen lassen. Wir glauben, es wäre doch an der Zeit, eine Einheitsfront aller Arbeitenden herbeizuführen, um aus diesem Elend, an welchem die Spitzen der Gewerkschaften mit Schuld tragen, herauszulommen. Arbeiter Greiffenbergs, richtet Euer ganzes Augenmerk auf die Daten Eurer Führer.

**Streikbrecher geludt!**

Zu welcher erbärmlichen Mitteln die Grafen-Finkensteinsche Gutsherrschaft Schönbrunn, Kr. Gausan, greift, um die hungernden Stadt- und Landproleten als Streikbrecher anzulocken, beweist das Inserat, welches im „Neuen Oberger Anzeiger“ veröffentlicht ist. Dort werden den Streikbrechern vier Zentner Kartoffeln pro Tag für die Arbeit bewilligt. Hätten die Ausbeuter des Landproletariats ihren eigenen Arbeitern nur die Hälfte dieses Lohnes bewilligt, so wären die hungernden Landarbeiter zufriedener gewesen. Zu unserem Bedauern müssen wir allerdings feststellen, daß sich doch untreue Elemente aus Schönbrunn und Umgebung, namentlich auch aus Schönberg, zur Unterstützung dieses Raubrittergefindels eingefunden haben, um die gerechte Forderung der Landarbeiter zu verrichten. Nicht vier Zentner Kartoffeln pro Tag, sondern ein Stück trockenes Brot und Wasser und als Zugabe eine ordentliche Wucht mit der Graflich-Finkensteinschen Keilpeitsche wäre der gerechte Lohn für diese Elemente.

Kaufe täglich  
**Frauenhaare**  
Zahle pro Gramm bis 30.—Mk.  
Selma Kunath, Breslau  
**Schillerstrasse 21.**  
Geschäftszeit täglich von 8—6 Uhr.

## Ein asiatischer Roman

Ein asiatischer Roman von Jac London.

Es gab so viel Boll aus dem Abgrund des Schicksals müde, begannen die Soldaten ein großes Herdentreiben, in der Absicht, den Straßenschilder wie Vieh in den Michigan-See zu jagen. In Begleitung dieses Treibens liefen Garthwaite und ich den jungen Offizier. Das Herdentreiben mifällig tauchend durch der glänzenden Arbeit der Genossen. Instatt der großen Herde, die sie zusammen zu treiben gedachten, jagten die Soldaten nicht mehr als vierzigtausend jeder Tagelöhner in den See. Sie und wieder, denn sie den Fabel in der Hand hatten und ihn gegen den See trieben, wählten die Genossen einen Entlassungsangriff, und der Mob entkam doch das Schicksal, das in dem ihn unerschütterlichen Tag entstand.

Garthwaite und ich sahen hieran ein Beispiel für noch unserer Begegnung mit dem jungen Offizier. Dem Fabel, zu dem wir gehen, und der zurückgekehrt wurde, war die Nacht nach Süden und Osten von kalten Tropenabströmungen abgekühlt. Die Soldaten haben ihn im Westen zurück. Der einzige Ausweg war nach Norden, und er zog nachwärts gegen den See, durch das Feuer der Maschinen- und Geschützgewehre von Osten, Westen und Süden herdröhnend. Ob das Boll ohne, daß es gegen den See getrieben wurde, oder ob es nur ein Hindernis zum Ausweichen des Lagerheeres war, weiß ich nicht, aber auf jeden Fall muß es seinen Weg durch eine Querstraße, ging dann die nächste Straße hinunter und kam auf seiner Fahrt nach Süden gegen das große Arbeiterviertel zurück.

Im diese Zeit versuchten Garthwaite und ich nach Westen zu uns der Gegenwart der Straßenfronte heranzukommen, aber wir kamen erst nach wieder mitten hinein. Als wir an der Mauer kamen, sahen wir den hellen Mob in der Richtung auf uns anziehen. Garthwaite sah mich an Arm, und wir wollten gerade fortlaufen, als er mich vor den Rücken eines halben Dutzend Automobils zurückzog, die mit Maschinengewehren ausgerüstet, nach der Stelle

hineilten. Hinter ihnen kamen Soldaten mit Repetiergewehren. Als sie ihre Stellung einnahmen, richtete der Mob auf sie, und es schien, als ob sie überwältigt werden sollten, bevor sie in Tätigkeit treten konnten.

Sie und da schloß ein Soldat sein Gewehr ab, aber das vereinigte Feuer machte auf den Mob keinen Eindruck. In tierischer Kalerei kam er brüllend an. Es schien, als ob die Maschinen- und Geschützgewehre nicht eingesetzt werden könnten. Die Automobile, auf denen sie aufmontiert waren, verpörrten die Straße, und die Soldaten nahmen Stellung zwischen und auf den Gehwegen. Immer mehr Soldaten kamen an, und es war unmöglich, aus dem Gedränge herauszukommen. Garthwaite hielt mich fest am Arm, und wir brühten uns eng gegen die Front eines Hauses.

Der Mob war nicht mehr als fünfzigtausend Fuß entfernt, als die Maschinen- und Geschützgewehre ihr Feuer eröffneten, aber vor diesem tobenden Feuer konnte nichts leben bleiben. Der Mob kam an, aber er konnte nicht weiter. In einem Hause, einem Hügel, einer ungeheuren und noch wassersenden Woge von Eisen und Steinenden türnte er sich auf. Die nachkommenden drängten nach vora, und die Kolonne, von Kieselstein zu Kieselstein, blieb sich in sich selbst. Verwundete, Männer und Frauen, wurden über den Rücken der furchtbaren Welle herangezogen und fielen, sich windend, auf die Oberfläche derselben. Als sie sich schließlich unter den Rädern der Automobile und gegen die Beine der Soldaten wälzten. Die Soldaten drückten sie dann die sich abwärts der Unglücklichen mit dem Bajonett, doch sah ich, wie einer auf die Füße kam und mit seinen Zähnen an den Hals eines Soldaten flog. Beide, Soldat und Sklave, gingen gemeinsam hin in den Dürren.

Das Feuer ließ nach. Die Arbeit war getan. Der Mob hatte seinen wilden Durchbruchversuch abgelehnt. Es erging ihnen, die Räder der Automobils nicht zu machen. Sie konnten nicht weiter kommen, aber die Todeswoge, und sie sollten doch die Kreuzungspunkte hinaufziehen. Die Soldaten waren damit beschäftigt, die Reihen von den Rädern weg zu ziehen, als das unheimliche Ereignis eintrat.

Wir erfuhren später den Hergang. Einen Moment hatten unsere Genossen ein Haus besetzt. Sie drangen über Dächer und durch andere Gebäude vor, bis sie an eine Stelle kamen, von der sie auf die dichtgeschlossenen Soldatengruppen herabschauen konnten. Dann begann das Gegenfeuer.

Obne irgendein Warnungssignal fiel dem Mob das Gebäude ein Hagel von Bomben herab. Die Automobile wurden in Stücke zerrissen, ebenso eine Menge Soldaten. Wir selbst stoben mit dem Leben- und Tod toll zurück. Einen halben Mod weiter unten eröffnete ein anderes Gebäude Feuer auf uns. Wie die Soldaten die Straße mit toten Sklaven bedeckt hatten, so wurden sie jetzt selbst zu einer solchen Seite. Garthwaite und ich schienen gegen den Tod gefeit zu sein. Wie vorher, so suchten wir auch jetzt Schutz in einem Zorengang. Aber diesmal wurde er nicht unberührt überfallen. Als das Brüllen der Bomben erlosch, sah er auf die Straße hinaus.

„Der Mob kommt zurück“, rief er mir zu. „Wir müssen hier fort.“

Wir flohen Hand in Hand den blutigen Dürren hinunter, und schlüpfend und gleitend suchten wir die Erde zu erreichen. In der Nebenstraße sahen wir noch einige laufende Soldaten. Es widersprach ihnen nichts. Der Weg war klar, und wir wählten einen Augenblick Halt und schauten zurück. Der Mob kam langsam näher. Er bewaffnete sich ernst mit den Gewehren der Gefallenen und löste die Bomben ab. Wir liefen, wie der junge Offizier fand, der uns gerettet hatte. Er stieg sich nach oben auf den Eisenbogen und schloß seine automatische Pistole los.

„Dort geht meine Aussicht auf Beförderung unter“, lachte Garthwaite, als ein Besch, das ein Messergeräusch klang, auf den verletzten jungen Mann eintraf. „Kommen Sie! Es ist die falsche Richtung, aber irgendwie werden wir herauskommen.“

Wir liefen stumm durch die kalten Straßen, und er jeder Erde waren wir auf etwas Unheimliches vorbereitet. Das Gehen füllte ein stageroller Hauch bei Himmel, und wir wußten, daß das große Arbeiterviertel brannte. Ich sah plötzlich auf den Dürren hin-

ich war erschöpft und konnte nicht mehr weitergehen. Ich war krank und geschlagen, und alles an mir tat weh. Doch konnte ich nicht eines Wächters über Garthwaite nicht erwehren, der sich eine Zigarette drehte und sagte:

„Ich weiß, ich mache aus Ihrer Befreiung ein Durcheinander, aber ich finde weder Kopf noch Schwanz der Lage. Es ist alles ein Wirrwarr. So oft wir ausbrechen wollen, kommt etwas dazwischen und wir werden zurückgejagt. Wir sind hier nur ein paar Mod von der Stelle entfernt, wo ich Sie aus dem Zorengang herausholte. Freund und Feind sind durcheinander gemengt. Es ist ein Chaos. Man weiß nicht, wer in den verurteilten Gebäuden steckt. Man versuche, es zu erfahren, und man bekommt eine Bombe auf den Kopf. Man versuche, friedlich seines Weges zu gehen, und man reut in den Mob und wird durch ein Maschinengewehr geistert, aber man rennt in die Soldaten und wird von seinen eigenen Genossen vom Dach herab in geworfen. Und obenbrein noch kommt der Mob und schlägt einen tot.“

Er schüttelte traurig den Kopf, zündete eine Zigarette an und setzte sich neben mich hin.

„Und hungrig bin ich“, fügte er hinzu, „ich könnte Kieselsteine essen.“

Im nächsten Augenblick stand er schon auf und suchte auf der Straße einen Kieselstein. Er kam damit zurück und schlug das Schaufel hinter uns ein.

„Es ist zwar Erdgeschloß und kein gutes“, erklärte er, als er mir durch das entsetzende Loch half, „aber es ist das Beste, was wir tun können. Sie schlafen eine Weile, und ich gehe auf Erkundigung aus. Ich bringe die Rechnung ordnungsgemäß zu Ende, aber ich muß Zeit dazu haben, Zeit, viel Zeit — und etwas zu essen.“

(Fortsetzung folgt.)

# Zum Genossenschaftstag in Görlitz

Vom 18. bis 23. Juni wird in Görlitz der 20. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine tagen.

Von welcher großer Bedeutung die Konsumgenossenschaften im Bestreben des Proletariats sein können, haben nicht nur die russischen Genossenschaften gezeigt, sondern auch in den Kämpfen der deutschen Proletarier haben einzelne lokale Konsumvereine bereits Vorbildliches geleistet. Allerdings standen diese Organisationen dann unter der Leitung revolutionärer proletarischer Kreise. In diesen Fällen waren die Konsumvereine tatsächlich eines jener starken Bollwerke im Kampfe gegen den Kapitalismus, die sie sein sollen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine mit seinen 3182 000 Mitgliedern und seinen 8000 Zäden ist eine Arbeiterorganisation, die heute noch nicht zum Rückgrat der revolutionären Arbeiterbewegung gezählt werden kann. Im Gegenteil. Als die schweren Kämpfe tobten gegen die Befestigung der Zwangswirtschaft, stand er auf Seite der Händler und Agrarier, und wurde gegen die Forderung der Gewerkschaften und Sozialdemokraten zum entscheidenden Faktor für die Wiedereinführung des freien Handels und des Zudrucks. Bei der Heraussetzung der indirekten Steuern, Verbrauchssteuern und der Umsatzsteuer beitätigten sich die Genossenschaftsführer als Antragsteller, die ursprünglich nicht einmal unseren Kampf wenigstens für die Beseitigung der Umsatzsteuer für die Konsumvereine mitmachten. Als der Kampf von der gesamten Arbeiterklasse gegen den Wiederbeschaffungspreis im Gange war, propagierte der Zentralverband den Wiederbeschaffungspreis. Als das Unternehmertum gegen den Absatzstundentag seine ersten Vorstöße machte, war es der Zentralverband, der das gesetzliche Nachschabverbot zu Fall bringen wollte. Als die Betriebsratsrechte vermindert werden sollten, war der Zentralverband unter den ersten. Bei der Maßregelung des kommunistischen Arbeiters und Angestellten sind die Konsumvereine unter den Vorreitern zu finden. Bei dem Massenkampf gegen Hunger und Elend und bei den Demonstrationen, bei der Forderung scharfer Maßnahmen gegen den Hunger, für die Schaffung der Sachwerte, für die Arbeiterregierung fanden wir keinen Zentralverband.

Es ist dies derselbe Geist der Arbeitsgemeinschaft mit der bürgerlichen Gesellschaft, der auch die Gewerkschaften befeelt. Und wie in den Gewerkschaften, so ist auch hier die Aufgabe der Kommunisten, die Opposition zu sammeln, die Mitglieder massen aufzuklären, und aus den Konsumvereinen Organe im revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu machen. Die Forderungen hierfür waren:

An Stelle der verhängnisvollen Führerdiktatur wahre proletarische Demokratie! Volles Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Massen selbst! Statt Instanzenschiebungen direkte Mitarbeit der „einfachen Mitglieder“ und Herausbildung eines breiten proletarischen Funktionärskörpers! Statt geistigem Terror und Rebutage-Demagogie volle Diskussionsfreiheit in der Genossenschaftspressen und auf den Genossenschaftstagen! Nicht reformistisch-kleinbürgerliche Geschäftsorganisation, sondern Klassenbewußte, proletarische Genossenschaftsbewegung! Bewußter Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus!

Aber unsere Forderung nach wahrer proletarischer Demokratie wurde mit der schlimmsten Willkür beantwortet, und heute wird der Görlitzer Tagung von den Hamburger Instanzen eine „Statutenänderung“ vorgelegt, die nichts anderes bedeutet als ein Kommunistengesetz. Danach sollen nur noch Verwaltungsmittelglieder (Vorstand und Ausschussrat) als vollberechtigte Delegierte auf die Genossenschaftstagen dürfen. Nur sie sollen Stimmrecht haben, das ist zugleich Rederecht! Allen anderen Mitgliedern wird das Delegationsrecht genommen. Sogar den Funktionären, die die heiligste Kleinarbeit leisten (Anteilhaftigen, Zeitungstragen und Propaganda treiben). Den Genossenschaftsfunktionären im Mitglieder-ausschuss, im Betriebsrat und in der Vertreterversammlung soll in Zukunft verboten werden, Delegierte auf die Generalversammlung der Genossenschaftsverbände zu entsenden.

Dieser Vorkriegsbescheid ist diktiert aus Furcht vor den „unberufenen“ Mitgliedern, die Abrechnung halten werden über diese Führer und ihr Vergehen. Es ist schlotternde Angst vor den aufmarschierenden Massen der Opposition. Insbesondere richtet sich diese Gewaltpolitik gegen die gefährlichen Kommunisten, weil sie es fertiggebracht haben, in zäher genossenschaftlicher Fraktionsarbeit einen Teil der Mitglieder aufzuwecken und zu aktivieren, daß zahlreiche Generalversammlungen und Genossenschaftstage bereits zu Kampfböden für proletarische Interessen geworden sind. Es ist den „Ge-

schäftsführern“ natürlich sehr unangenehm, daß jetzt in ihre Geschäfte die Arbeiterpolitik einströmt, um das Wesen der proletarischen Genossenschaftsbewegung zu retten, das man bereits auf Konto „Auserverkauf“ gesetzt hatte. Bereits ist der Beschluß der Statutenänderung gegen 29 Stimmen auf der Generalratsitzung am 29. April 1923 in Göttingen angenommen. Die Genossenschaftstage in den einzelnen Unterbezirken haben zum Teil ebenfalls den Schandparagrafen sogar für ihre Unterverbandstage eingeführt; so in Mitteldeutschland, Württemberg und Rheinland-Westfalen. In Thüringen hat man mit klammerndem Protest diese Kastration abgelehnt, wobei außer unseren Genossen insbesondere Zisch (früher USPD) scharfe Anklagen gegen die Altentäter auf das demokratische Mitbestimmungsrecht der Mitglieder erhob. In Thüringen liegt die Sache übrigens so, daß in dessen Musterstatut die Mitwahl von Delegierten aus den Kreisen der Mitglieder, insbesondere vom Genossenschaftsrat und der Vertreterversammlung, bereits festgelegt ist. Das also, was in Görlitz geschehen soll, bedeutet demnach nichts anderes, als die von diesen rechten Führern erstrebte bewußte Sprengung und Spaltung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. Damit wird die Bewegung in schwere innere Kämpfe gestürzt und ruiniert, wenn sich nicht der Beschluß des Thüringer Unterverbandstages durchsetzt, wonach der Antrag noch vor Görlitz zurückgezogen wird.

Statt diesem für Görlitz geplanten Schandstreich der Aenderung des § 14 der Satzung treten alle anderen Tagesordnungspunkte zurück. Sowohl zu den Fragen: Zwangswirtschaft, Umsatzsteuer, Fortbildungswesen, Frauenmitarbeit, Kuchtkampf und Genossenschaftsinternationalität ist unsere proletarische Stellungnahme bekannt. Deshalb konzentriert sich unser Kampf für Görlitz gegen die Aenderung des § 14. Finden wir keine Mehrheit, dann ist durch den Willen der Zentralverbandeinstanzen ein zweites Kreuznach herausbeschworen, dann wird die Bewegung zerlegt werden durch den Bruderkampf zwischen Mitgliedern erster und zweiter Klasse. Dann haben die Zentralinstanzen die so lange phantastische „Zerstörung der einheitlichen Konsumbewegung“ selber auf gemacht.

Der 20. Genossenschaftstag des Zentralverbandes trägt daher eine ungeheure Verantwortung. Wenn es dort nicht gelingt, die Opposition so breit und stark zu machen, daß sie siegt, muß die deutsche Konsumvereinsbewegung in eine schwere Periode der inneren Zerrüttung und Zerfegung treten.

## Genossenschaftlicher Opportunismus

Interessant ist eine Zusammenstellung über die Behandlung unserer Forderungen auf den Genossenschaftstagen in Harzburg 1920, Baden-Baden 1921 und Eisenach 1922.

1. Gegen den Abbau der Zwangswirtschaft! 1920 abgelehnt, 1922 grundlegend angenommen; für Zwangswirtschaft verfehltes Umlageverfahren gebilligt.
2. Gegen den Abbau der Zudruckswirtschaft! 1921 abgelehnt, 1922 angenommen.
3. Für die Freisetzung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer und anderen Steuern! 1921 verkehrt, 1922 angenommen.
4. Gemeinsamer Streikungskampf der Genossenschaften mit der Arbeiterpartei und Gewerkschaften! 1921 abgelehnt, 1922 auf dem Thüringer Genossenschaftstage angenommen.
5. Kredite von Staat und Gemeinden, als Ersatz für den auf der Höhe zu stehenden Geschäftseinsatz zur Verwendung von Bankkrediten! 1921 verkehrt, später von Feuerstein, Zisch und anderen zugestimmt. 1922 in Eisenach grundsätzlich bekämpft, in Thüringen bereits für bestimmte Kampagnen gebilligt. 1923. Hohe Staatskredite in Anspruch genommen, trotz „prinzipieller“ Ablehnung.
6. Kommunisierung der Lebensmittelverteilung zu Händen der Konsumvereine! Wird immer noch bekämpft.
7. Verpflichtete Lebensmittel an Minderbemittelte mit Staatszuschuß! Wird verworfen.
8. Genossenschaftlicher Warenaustausch mit Sowjetrußland! 1920 und 1921 abgelehnt, von der Genossenschaftsinternationale mit Iwersee gebilligt, von den deutschen Konsumvereinen abgelehnt.
9. Für Zensurenfreiheit in der Genossenschaftspressen! 1920 Antrag Eisenach abgelehnt. Es ist natürlich klar, daß wenn Resolutionen und Anträge angenommen sind, sie noch lange nicht durchgeführt werden brauchen. Denn ihre Durchführung ist abhängig von dem Druck der Massen von unten her. So daß also die entscheidende Forderung immer heißt: Durchführung einer wirklichen proletarischen Demokratie! Nur so kann an die Stelle des rein geschäftlichen Opportunismus der Geschäftsführer eine ganz lässlich proletarische Genossenschaftspolitik vom Stradpunkt der Massenbewegung der Arbeiterpartei treten.

# Aus Breslau

## Was will die „Volkswacht“ eigentlich

Als die Bergarbeiter Schillers mit spontaner Streikgewalt an den Jungensleiten rühten, da war es die SPD-Presse, die das Stichwort von der Kommunistenmacht ausgab. Die Gewerkschaften erklärten, nach der bewährten Methode, den Streik für „wild“ und überließen die Kämpfenden ihrem Schicksal. Nur die „Union“ stand als Organisation bei den Streikenden, sie war es, die immer wieder an die Führer der übrigen Gewerkschaften herantrat, um sie zu bewegen, dem Kampf der Bergarbeiter die Treue zu bewahren. Die „Union“ war es, die stets wieder den Massen sagte, zwingt eure Führer, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Die Gewerkschaften hätten es also in der Hand gehabt, den Streik der Bergarbeiter in der Hand zu behalten. Erst durch ihre Fahrenflucht, mußten die Bergarbeiter die Führung des Streiks selbst übernehmen, mußten ihn „wild“ führen.

In der Beilage zum „Volkswacht“ wird das alte Spiel der Hege gegen die Kommunisten fortgesetzt. Zugleich aber bringt die „Volkswacht“ einen Leitartikel, in dem sie ihre eigenen Meinungen als Schwindel entlarzt. In der Redaktion der „Volkswacht“ muß ein wüstes Durcheinander herrschen, daß die rechte Hand nicht mehr weiß, was die linke tut. Wir stellen also gegenüber:

1. Seite  
Beim Ausbruch der wilden Streiks in Deutsch-Oberschlesien und in Waldenburg hat ein Teil der bürgerlichen Presse die Parole ausgegeben, es handle sich um den Erfolg politischer Machenschaften von Kommunisten und Unionisten. Die sozialdemokratische Presse ist dieser Auffassung von vornherein entgegengetreten. Wer auch nur einige Fühlung mit den arbeitenden Massen hat, weiß, daß es heute keine großen Umtriebe politischer Art beabsichtigt, und die unter der Wirtschaftspolitik unserer Bürgerregierung so schwer notleidenden Volksteile zu Verzweiflungsaaktionen zu treiben. Was die schwachen und schlecht geführten Organisationen der Kommunisten und Unionisten nie fertig bekommen würden, das erreicht heute bei einem Vorkriegsstand von über 100000 die Politik unserer Reichsregierung, die nicht einmal zur Aufrechterhaltung des passiven Widerstandes an der Ruhr die Börsenspekulation in Dresden zu drohen, Zugensführung und Schleuderausführung zu hemmen und der Preisbildung der Kartelle irgendwelchen „Widerstands“ entgegenzusetzen. Der erfolgreiche wilde Streik unserer Tage heißt also Dr. Beder und ist Reichswirtschaftsminister und seine tüchtigsten Helfer sind die bürgerlichen Wirtschaftspolitiker der Reichstagsmehrheit von Wulle und Helfferich bis zu den Demokraten. Syndikalist Feinath und Vandalenführer Fischer-Röll, die die Marktlösungsvorschläge und die Steuerformen der Sozialdemokratie niedergestimmt haben, die den Rückzug der Republik vor den Spekulantenerwartungen und die die Massen damit in die Verzweiflung treiben.

2. Seite  
Aus Hindenburg läßt man sich schreiben: „Ungebilligt rühten die Gewerkschaften ihre Aufmerksamkeit besonders darauf, für die Arbeiter, die in den Streik gehen würden, den Urlaub zu sichern. Ob das gelingt, ist fraglich.“  
Und aus Neudeck läßt sich die Redaktion unter der Spitzmarke: „Ein kommunistisch-syndikalistischer Wutsturm“ folgende Berichte:  
Die kommunistischen und syndikalistischen „Wahrheits“-Apostel veruchten auch im niederschlesischen Berggebiet, die weiter steigende wirtschaftliche Not für ihre ritzigen Ideen auszunutzen. Eine Reihe Sendboten dieser „Heilslehre“ aus dem Ruhrgebiet wühlte einige Tage im Waldenburger und Neuroder Gebiet. Mit verlogenen Flugblättern, die in der Druckerlei der „Schles. Arbeiterzeitung“ hergestellt waren, gelang es ihnen auch, einen Teil der Belegschaften der Neuroder Gruben in „Aktion“ zu bringen. Diese Teile wurden durch den schärfsten Terror am Dienstag, den 12. Juni, die besonnenen Bergarbeiter aus den Gruben zu fahnen, um sich ihr Leben zu sichern.  
Eine syndikalistische Streikleitung sollte nun am Mittwoch, 13. Juni, vormittags, in einer Versammlung im Garten des Volkshauses in Grottenbrunn, wo vier Fünftel der Belegschaft anwesend waren, berichten. Doch zeigte sich, daß die fremden Streikführer das Halpanpanier ergriffen u. es vorgelesen hatten, nicht zu erzeigen. Man überließ es dem irreführendsten Kameraden am Ort, zu retten, was nicht mehr zu retten war.

Der wirksame wilde Streik ist nicht der radikale, sondern der Ausbeuter. Nicht nur die Ursachen für die Verzweiflungsaaktionen hat der Klassengegner geschaffen. Er fördert auch die Verzweiflungsaaktionen selbst.  
Diese Gegenüberstellung dürfte genügen, um wieder einmal in aller Deutlichkeit zu zeigen, wie die „Volkswacht“ jeden Anspruch verloren hat, ernst genommen zu werden.

## Proletarier!

Dieser Tage wurde aus der Oder an der Onetseaubrücke ein Mann herausgeschleift, der schon einige Zeit im Wasser gelegen haben mußte. Die Bergung der Leiche gefahrte sich sehr umständlich, da kein Kahn für diesen Zweck erreichbar war. Aus der benachbarten Mühle wurde ein Arbeiter herbeigezogen, der, angeleitet, an den Flußhöhlen herunterstieg und unter Verbenutzung des Seiles heraufholte.  
Nach Aussehen und Kleidung des Entzehrten konnte kein Zweifel darüber abmalen, daß hier ein Arbeiter seinem Leben wahrscheinlich selbst ein Ende gesetzt hatte. Wer weiß, wie lange dieser Mensch sich durchgehungen hat, demöglich auch seine Familie langam her-

enden sah, ehe ihn die Verzweiflung packte und zum Selbstmord trieb. Proletarier!

Was ist der Tot? ... Es kräht sein Schn nach ihm.

Nun bildet er in der Anatomie ein Gelehrerobjekt.

Sein Schädel wird wohl in einem Metallamentenschranke sein laubersich präpariert ein Wäghen finden. Anders kommt in Spiritus. Der Rest wird dann verscharrt.

In der „freiesten Republik der Welt“ aber amüßert sich eine angefaulte Kapitalistenclique seelenbergnüt walter und schäumt in Luxus und Ueberfluß. Wie lange noch?

Für Entschädigungen werden von jetzt ab folgende Gebühren erhoben: Für die Schließentzündung eines Kranfenzimmers durch die Bestinfektoren, einschl. der dabei verwendeten Entschädigungstoffe 8000 Mark für die laufenden Besuche der Bestinfektorschwestern und die anschließende Schließentzündung durch die anschließliche der Entschädigungstoffe 3000 Mark für die Entzündung von Sägen (Kleider, Balken, usw.) im Dampfapparat, einschl. Abholung und Rücklieferung, neben den benannten Gebühren 5000 Mark für Entzündung, zu deren Ausführung kein geistlicher oder politischer Zwang besteht, sind die vollen Selbstkosten zu zahlen, die das Geschäft der vorstehenden Sätze betragen. Auf Antrag können eine Besichtigung der Verhältnisse der besonderen Verhältnisse der vorstehenden Sätze ermäßigt oder die Kosten ganz erlassen werden.

Die Gebühr für das Abziehen der Feuerwehr bei böswilligen Marm ist auf 40000 Mark für ein Fahrzeug und die Entschädigung für eine unbedeutend zertrümmerte Feuermelder glauschgelbe auf 10000 Mark erhöht worden.

Für die Beförderung mit dem städtischen Krankenwagen werden infolge der weiteren dauernden Steigerungen aller Betriebskosten mit sofortiger Wirkung folgende Gebühren erhoben: Für die Beförderung innerhalb des Stadtgebietes für einen Breslauer Einwohner 12000 Mark, für einen Fremden 20000 Mark, für das Mitfahren eines Angehörigen 1000 Mark, für Beförderung von Infektionskranken — bei mittelverpflichtigen Krankeiten — wird die halbe Gebühr erhoben; für die Beförderung von a u s d e r s nach der Stadt und umgekehrt: Grundgebühr 50000 Mark für jeden Fahrkilometer der Hin- und Rückfahrt 2000 Mark, für jeden Fahrer und jeden Krankenwagenbesitzer für die Stunde 2000 Mark, für das Mitnehmen eines Angehörigen je Kilometer 300 Mark. Ausländer haben das Abmessen der vorstehenden Sätze zu zahlen.

## Aus der Provinz Die Rote Woche

Im Landkreise Breslau hat eine Rote Woche stattgefunden. Die Kreisleitung der KPD Breslau hat sich veranlaßt gesehen, die Massenbewußten Landarbeiter und Landarbeiterinnen zusammenzufassen und sie unter dem Banner des Sowjetismus zu sammeln. Es fanden eine Anzahl von öffentlichen Volksversammlungen statt, in denen über das Thema: „Die Rote Arbeiterpartei und die Stellung der Kommunisten“ referiert wurde. Den Landproleten, die die Versammlungen besuchten, sind die Augen aufgegangen, denn die Kommunisten wurden ihnen bisher nur als Tagelöhner und Lumber durch die bürgerliche und auch durch die sozialdemokratische Presse bekannt.

In allen Ortschaften sind die Versammlungsbesucher mit den Ausführungen der Kommunisten einverstanden gewesen, was durch den starken Beifall bewiesen wurde. Die Landarbeiter haben erklart, daß die Kommunisten nur Arbeiter sind, die für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpfen. Die Sympathie, die uns die Landarbeiter entgegenbringen, wächst von Tag zu Tag, denn wir erhalten täglich Masseneintritte in die Partei und ebenso Breslau hier neue Ortsgruppen entstanden, Arbeiter-Zeitung“. Bis jetzt sind im Landkreise die zum Teil stärker als die SPD sind. In den nächsten Tagen finden weitere Versammlungen statt. Der Boden ist gut, er muß nur beackert werden. Nur durch roge Arbeit und Anteilnahme der einzelnen Genossen an der Landpropaganda wird es uns gelingen, unser gestecktes Ziel zu erreichen. Jeder einzelne Parteigenosse muß mithelfen, neue Kämpfer für die Partei zu werben, dann wird der Sieg unser sein.

## An alle Literaturliebhaber!

Bauern- und Tagelöhner für 1923 sind herausgegeben und können nicht mehr bestellt werden.  
Zwei i. etrosen sind:  
Am Sterbelager eines westfälischen Volk. Von Dr. med. L. Klauer. Preis 350 Mark.  
Die Weltlage und die Aufgaben des internationalen Proletariats. Von Edo Stumm. Preis 650 Mark.  
Von Menschismus zum Kommunismus. Von A. Martynow. Preis 1700 Mark.  
Warum Ruhrkrieg? Von Leonid A. Friedrich. Preis 2000 Mark.  
Warum Ruhrkrieg. Von Leonid und A. Friedrich. Preis 2000 Mark.  
Unteroffizier Basalaban. Von A. Scraggen. Preis 1000 Mark.  
Beziehungen nimmt entgegen die Proletarische Genossenschaft für die Provinz Göttingen e. V. m. B. S. Breslau, Nikolaitraße 4/50, Abteilung Buchhandlung.

